

## Stadtbücherei: Benutzungsgebühr steigt

Die Stadtvertreter der CDU, FWB, SPD und Grünen beschlo- sen gegen die Stimmen der BALL-Fraktion eine Erhöhung der Jahresbenutzungsgebühr in der Stadtbücherei von 12,- auf 15,- Euro (+25 %) sowie verschiedene weitere kleinere Gebührenerhöhungen. Insgesamt sollen die Nutzer der Stadtbücherei rund 6.000,- Euro mehr im Jahr bezahlen.



**Wasserpreise steigen:  
Grundpreis + 50 %, Mengenpreis + 20 %**

FWB, CDU sowie zwei SPD-Stadtvertreter beschlossen auf der Juni-Stadtvertreterversammlung eine deutliche Erhöhung der Wasserpreise zum 1. Juli 2014. Der Grundpreis für die Masse der Haushalte steigt um 50%, der Verbrauchspreis um 20% auf 1,55 Euro/m<sup>3</sup>. Die BALL-Fraktion, die Grünen sowie zwei SPD-Stadtvertreterinnen stimmten gegen die Erhöhung. Für die BALL-Fraktion erklärte Dr. Günter Thiel u. a.: „Das Preissystem beim Wasser ist unsozial und nicht ökologisch ausgerichtet. Notwendig wäre für die Haushalte eine normale Wassergrundmenge zu stabilen niedrigen Preisen, und bei höherem Verbrauch müsste der Preis nach oben gehen. Im Übrigen kritisieren wir, dass die Grundgebühr für die Haushalte um 50% erhöht wird, während ein Industriebetrieb eine Senkung der Grundgebühr um 4% erhält. Die BALL lehnt eine weitere Belastung der privaten Haushalte ab.“ Angesichts des deutlichen Widerstands gegen die Preiserhöhung wurde zugesagt in einem Jahr erneut über die Wasserpreise zu reden. Dieser Widerstand hat auch dazu beigetragen, dass die Wasserpreise in Barmstedt im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden immer noch relativ niedrig sind.

### Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name

Vorname

Straße

Einsenden an: Helmut Welk,  
Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

**Proteste gegen CDU/CSU/SPD-Gesetzentwurf nehmen zu:**

## Fracking darf nicht zugelassen werden!

Umweltverbände und Bürgerinitiativen machen in zahlreichen Ländern gegen die hochriskante Fracking-Methode mobil – auch in Deutschland. Dennoch haben mittlerweile Unternehmen aus der Energiebranche den Wettlauf um neue Erdgasquellen mit ersten Erkundungsarbeiten begonnen. Energiekonzerne wie Exxon, BASF-Wintershall, RWE Dea und BNK Petroleum haben sich große Landstriche zur Fracking-Förderung abgesteckt. Beim Fracking wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien mit hohem Druck in tiefliegende Gesteinsschichten gepresst, um Risse zu erzeugen und eine höhere Durchlässigkeit aus Gas- und Ölvorkommen hin zur Bohrstelle zu erreichen. Befürchtete Folgen sind die Verseuchung des Trinkwassers durch die eingesetzten hochgiftigen Chemikalien und eine Beschleunigung des Klimawandels. In bestimmten geologischen Formationen könnten auch Erdbeben ausgelöst werden.

Im November 2012 beschloss die Bundesumweltkonferenz (UMK) den Einstieg in die Fracking-Technologie zu ermöglichen. Als Reaktion darauf brachte in Barmstedt die BALL-Fraktion sofort eine Entschlie-



ßung in der Stadtvertretung zur Abstimmung: „Die Stadtvertretung der Stadt Barmstedt spricht sich entschieden gegen die Zulassung des heftig umstrittenen „frackings“ unter Verwendung umwelttoxischer Chemikalien in unserer unmittelbaren Nachbarschaft aus. Die Gefahren für die Vergiftung des Grundwassers sind zu groß. Dementsprechend erwarten wir, dass auch keine Voruntersuchungen genehmigt werden.“ Obwohl in den anderen Rathausfraktionen teilweise Bedenken gegen die „vorschnelle“ Entschließung bestand, kam es zu einer einstimmigen Annahme.

Im August 2013 wurde dann

bekannt, dass der Firma PRD Energy GmbH vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sowie vom Kieler Umweltministerium für den Zeitraum von fünf Jahren eine Erlaubnis für Voruntersuchungen in bestimmten Bereichen Schleswig-Holsteins erteilt worden ist. Damit wurde auch im Raum nördlich Barmstedts der erste Schritt in Richtung eines möglichen Frackings vollzogen.

Auf der Oktober-Sitzung des BarmstedterUmweltausschusses kam es daraufhin zu einer Fortsetzung der Diskussion zum Thema Fracking. Beschlossen wurde die Erstellung eines erweiterten

Resolutionsentwurfs. Damit die Barmstedter Bevölkerung umfangreich von der Stadt über die Gefahren des Fracking informiert wird, wandten sich die Stadtvertreter an den Bürgervorsteher mit der Aufforderung das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Einwohnerversammlung zu setzen. Am 17. Juni konnten sich dann etwa 50 Bürger auf einer Veranstaltung der Stadt über die Gefahren von Fracking informieren. Mittlerweile fanden auch in einigen anderen Städten und Gemeinden des Kreises Informationsveranstaltungen statt. In Westerhorn z. B. ließen sich über 200 Besucher über die Ge-

fährlichkeit dieser Technologie informieren.

Als in den letzten Monaten bekannt wurde, dass die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung, wie schon im Koalitionsvertrag zu lesen war, weiterhin an der Fracking-Förderung festhält, haben bundesweit Hunderttausende online für ein Fracking-Verbot unterschrieben. Der von SPD-Wirtschaftsminister Gabriel vorgelegte Gesetzentwurf wird von Linken und Grünen im Bundestag zu Recht als Fracking-Ermöglichungsgesetz kritisiert, da außer in Wasserschutzgebieten faktisch auf 85 % der Fläche Fracking ermöglicht würde. Mittlerweile ist der Druck der Anti-Frackingbewegung, u. a. auch aus den Reihen der CDU und SPD selbst, auf die Bundesregierung aber so stark angewachsen, dass die Vorlage des Gesetzentwurfs kurz nach der Sommerpause eine noch breitere Protestwelle lostreten könnte. In Barmstedt haben sich mittlerweile mehrere Hundert Barmstedter/innen in die aus-

liegenden Unterschriftenlisten eingetragen und das Verbot von Fracking gefordert.



**Humburg-Haus barrierefrei „demnächst“**

Die BALL-Fraktion kritisierte in der Stadtvertreterversammlung erneut und massiv die mehr als schleppende Schaffung eines barrierefreien Zugangs für das Humburg-Haus. Jetzt soll nach gut zwei Jahren Untätigkeit, Planung und innerbehördlichem Hin und Her „demnächst“ der barrierefreie Zugang für Rollstuhlfahrer, Kinderwagen oder Senioren mit Gehwagen fertig gestellt sein.

**Kleinkinderbetreuung / Kindertagesstätten:**

## Keine Beitragserhöhung

Eigentlich hätten zum 1. August 2014 die Kindertagesstättenbeiträge in Barmstedt um 1 % steigen sollen, da die Beiträge an den Lebenshaltungsindex gekoppelt sind. Aber die Stadtvertretung stimmte einstimmig dem von der Sozialausschussvorsitzenden Mareyke Herrmann (BALL) vorgetragenen Antrag des Sozialausschusses auf Nichterhöhung zu. Ebenso lehnten BALL, SPD und FWB es ab die Eltern über eine Verschlechterung der Barmstedter Sozialstaffel stärker zur Kasse zu bitten, wie es die CDU-Fraktion forderte. Es werden somit weiterhin maximal 55 % statt 80 % des „Einkommensüberhangs“ bei



der Beitragsberechnung berücksichtigt. „Während vor einigen Jahren die Kita-Beiträge

in Barmstedt deutlich über dem Kreisschnitt lagen, sind sie jetzt an das Kreisniveau angepaßt,

und die Sozialstaffel ist etwas besser. Das ist ein kleiner Fortschritt über viele Jahre hin. Dennoch bleibt es dabei, dass die Elternbeiträge weiterhin viel zu hoch sind, wenn ein Kitaganztagsplatz 293,- Euro und ein Krippenplatz ganztags 440,- Euro kosten. 2010 haben CDU/FDP die kurzzeitig bestehende Gebührenfreiheit im letzten Kita-Jahr wieder abgeschafft, und die neue SPD/Grünen-Landesregierung hat diese Verschlechterung nicht rückgängig gemacht. Die BALL unterstützt voll und ganz die Forderung nach Gebührenfreiheit in den Kindertagesstätten. In Hamburg ist ab 1. August 2014 der Besuch der Kitas (fünf Stunden inkl. Mittagessen) gebührenfrei. Mit dem notwendigen Nachdruck von Seiten der Eltern muss das auch in Schleswig-Holstein möglich sein“, so BALL-Fraktionsvorsitzender Dr. Günter Thiel.



Bundespräsident Joachim Gauck:

# Für noch mehr Ausland-Militäreinsätze

Im Gegensatz zur Friedensbewegung reagieren deutsche Spitzenpolitiker von CDU/CSU, SPD und Grünen mit ausdrücklicher Unterstützung auf die jüngste Wiederholung der Forderung von Bundespräsident Joachim Gauck, Deutschland müsse in Zukunft noch stärkere militärische Aktivitäten im Ausland entfalten, obwohl die Bundeswehr bereits in 13 Ländern bzw. Regionen mit 5.000 Soldaten an militärischen „Einsätzen“ beteiligt ist, meistens im Rahmen der NATO oder EU. Seine Forderung wiederholt Gauck bereits seit dem 3. Oktober 2013, unter anderem auch anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 und Mitte Juni in einem Interview anlässlich einer Reise nach Norwegen. „Unser Land solle seine Zurückhaltung ablegen“, „zugunsten einer größeren Wahrnehmung von Verantwortung“, erklärte Gauck. Dies beziehe sich besonders auch darauf, „den Einsatz militärischer Mittel nicht von vornherein zu

verwerfen“. Natürlich soll es dabei um die Verteidigung von „Menschenrechten“, „humanitäre Hilfe“ und andere schönklingende Ziele gehen, aber welcher Kriegseinsatz wurde nicht mit großartigen Worten begleitet, und wieviele Priester haben nicht schon die Kanonen gesegnet...

Gaucks Äußerungen reihen sich ein in eine Kampagne, die im Herbst 2013 gestartet worden ist und darauf abzielt, noch stärker als bisher Auslandseinsätze der Bundeswehr zu legitimieren. Den Ausgangspunkt hatte – neben der Rede des Bundespräsidenten am Nationalfeiertag – ein umfangreiches Strategiepapier gebildet, das in einem einjährigen Prozess unter Mitwirkung des Auswärtigen Amtes und von rund 50 Personen aus außenpolitischen Kreisen erstellt worden war, darunter auch Mitarbeiter diverser Ministerien, Think-Tanks (SWP, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik), Vertreter von Parteienstiftungen, die Führung



des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und Medienvertreter. „Deutschlands gewachsene Kraft verleiht ihm heute neue Einflussmöglichkeiten“, heißt es in dem Papier, das unter dem Titel „Neue Macht – Neue Verantwortung“ eine komplette „Neuvermessung“ der deutschen Außenpolitik verlangt. Dass dazu auch militärische Inter-

ventionen gehören sollen, daran lassen die Autoren keinen Zweifel. Allerdings belegt das Dokument, dass eine möglichst breite Zustimmung der Bevölkerung zur Außenpolitik als erstrebenswert gilt: Die Politik müsse lernen, heißt es, „ihre Ziele und Anliegen effektiver zu kommunizieren“. Dem Versuch, eine offensivere, noch stärker als

bisher militärisch operierende deutsche Weltpolitik zu fordern, widmet sich seitdem nicht nur der Bundespräsident. Vor allem im Umfeld der Münchner Sicherheitskonferenz haben sich zu Jahresbeginn auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) klar in diesem Sinne geäußert.

Von kritischen Beobachtern ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass auch Journalisten und Redenschreiber, die in das Projekt eingebunden waren, Positionen aus dem Dokument an die Öffentlichkeit getragen haben – zumeist, ohne ihre Einbindung deutlich zu machen. Umso erstaunlicher sind die Zwischenergebnisse der Kampagne, die im Frühjahr vom Ukraine-Konflikt in den Hintergrund gedrängt und jetzt von Gauck wieder aufgenommen worden sind. Die ganzen „Bemühungen“ leiden unter einem Schönheitsfehler: Meinungsumfragen der Körber-Stiftung, aber auch von Infratest dimap zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung militärisches Eingreifen weiterhin ablehnt. In aktuellen Umfragen im ARD-Deutschland-Trend lehnten 75 Prozent der Befragten ein militärisches Eingreifen bei internationalen Krisen ab. 85 Prozent sind für humanitäre Hilfe und diplomatische Verhandlungen.

Es ist weiterhin zu hoffen, dass wenigstens die bislang skeptische Bevölkerung den Forderungen nach mehr Militäreinsätzen nicht auf den Leim geht.

Stadtverwaltung sieht lange Warteliste:

## Weiterer Kindergarten überfällig



Auf der letzten Sozialausschusssitzung wurde zum wiederholten Male die lange Warteliste auf einen Kita- oder Krippenplatz vorgestellt. Für rund 100 Kinder kann der Rechtsanspruch auf einen Kita- oder Krippenplatz in Barmstedt nicht realisiert werden. Die Stadtverwaltung legte daher einen Antrag vor, der die Schaffung einer weiteren Kindertagesstätte mit je zwei Kin-

dergarten- und Krippengruppen vorsieht. Während die BALL-Fraktion dies seit langem für überfällig hält, sträubten sich vor allem Vertreter von CDU und FWB noch. Es soll jetzt erst einmal geprüft werden, ob bei der Albert-Schweitzer-Schule gegebenenfalls Räume genutzt werden können oder ob eine kostengünstige Anbaumöglichkeit besteht.



Proteste gegen Verkehrsbelastung:  
Königstraße soll LKW-frei werden!

Stadtvertretung fordert mehr Geld für Kommunen und bereitet

## „schmerzhaft“ Belastungen vor



Die Barmstedter Stadtvertretung verabschiedete einstimmig eine Resolution, mit der die Landesregierung aufgefordert wird die Zuweisungen an die Kommunen

so zu erhöhen, damit diese ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen können und freien Gestaltungsspielraum erhalten, wie es Grundgesetz und Gemeindeordnung vorsehen. Die BALL-

Fraktion erinnerte daran, dass 2007 die CDU/SPD-Koalition in Kiel den Gemeinden 120 Mio. der jährlichen Finanzausgleichsmasse weggenommen hat und dass die SPD/Grünen-Landesregierung im jetzigen Entwurf des neuen Finanzausgleichsgesetzes bislang nicht daran denkt, diese drastische Kürzung rückgängig zu machen.

Wenn der Druck aus den Gemeinden nicht erheblich zunimmt, wird es von der SPD/Grünen-Landesregierung keine deutliche Erhöhung der Steuerzuweisungen an die Gemeinden geben. Im Augenblick wird etwa die gleiche Gesamtmasse zwischen Kreisen, kreisfreien Städten und den Gemeinden hin- und hergeschoben. Stattdessen wird es eher so weitergehen,

wie FWB, CDU und SPD im Hauptausschuss der Stadt am 6.5.2014 beschlossen haben: wo immer es die Gegenwehr der Menschen nicht verhindert, die Bürger in allen möglichen Bereichen noch mehr zur Kasse zu bitten und Ausgabenkürzungen vorzunehmen. Das solle für die Bürger „schmerzhaft“ werden, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Hansen es formulierte, und er ergänzte gleich die von der FWB vorgelegte Abkassierliste um die Idee Sporthallen-nutzungsgebühren für Erwachsene einzuführen. Die BALL wird dem entgegen treten, aber entscheidend wird sein, was die Barmstedterinnen und Barmstedter zulassen werden.

Vor ca. zwei Jahren schlossen sich Anwohner der Königstraße zu einer Bürgerinitiative zusammen, um gegen die zunehmende Verkehrsbelastung in ihrer Straße aktiv zu werden. Sie starteten eine Unterschriftensammlung, mit der die Stadt Barmstedt und der Kreis Pinneberg aufgefordert wurden, den KFZ-Verkehr in der Königstraße zu reduzieren und durch eine Tempo-30-Zone bzw. eingebaute Schwellen zu beruhigen. Vorausgegangen waren Verkehrsmessungen und die deutliche Zunahme von Meierei- und Sandlastwagen in der Straße. In kurzer Zeit hatten ca. 95 Prozent der Anlieger die Unterschriftenliste unterzeichnet, und die Vertreter der Initiative übergaben die Unterschriften dem damaligen Bürgermeister Hammermann. Ungefähr ein halbes Jahr später hat der Bürgermeister zu einem „runden Tisch“ mit Anwohnern, Polizei, Kreis und Stadt eingeladen, um über das Thema zu sprechen. Die

Initiative konnte eine Tempo-30-Beschilderung durchsetzen und zunächst eine Nachtfahrverbotsbeschilderung für LKWs. Nach Beobachtung der Anlieger werden weder Tempo-30 noch das Nachtfahrverbot eingehalten, da eine regelmäßige Kontrolle ausbleibe. Außerdem sei der LKW-Verkehr auch tagsüber für Radfahrer gefährlich und mit unerträglicher Lärmbelastung verbunden. Deshalb sind im Juni die Sprecher der Bürgerinitiative mit einem Schreiben an die Rathausfraktionen herangetreten und haben in der Bürgerfragestunde der Stadtvertretung und des Bauausschusses ihre Probleme dargelegt und ihre berechtigten Forderungen vorgebracht. Sie hoffen jetzt, dass in der anstehenden Beratung über ein Verkehrskonzept der Stadt Barmstedt ihre Forderungen Berücksichtigung finden werden. Die BALL-Fraktion wird die Anliegen der Anwohner der Königstraße weiterhin unterstützen.